



Deutscher Mieterbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.



eMail: Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/1850

Kiel, 20.12.2018

UNSER AKTENZEICHEN: 386.00 Lo

Betreff: Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/930 sowie Alternativantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP – Drucksache 19/979

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags für Vermietung von Ferienunterkünften und nehmen wie folgt Stellung:

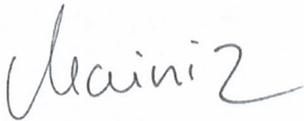
Wir sind der festen Überzeugung, dass es einer Regelung für die Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale bedarf. Insoweit ist der Alternativantrag der Regierungskoalition, nach unserer Auffassung nicht ausreichend, da durch den angedachten Prüfungsauftrag, wertvolle Zeit ungenutzt verstreichen würde und er den derzeit schon dringenden Problemen in angespannten Wohnungsmarktregionen nicht ausreichend Rechnung trägt.

Wir verkennen nicht, dass der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig des Landes ist, der auch offen für neue Ideen sein muss. Allerdings muss vorrangig das Bedürfnis der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner nach ausreichend bezahlbarem Wohnraum befriedigt werden. Typischerweise werden auf den einschlägigen Portalen überwiegend Wohnungen im bezahlbaren Marktsegment angeboten. Im Hinblick auf den aktuellen Bestand von nur noch ca. 46.000 Sozialwohnungen im Land zum Jahresbeginn 2019 ist jedenfalls eine gesetzliche Begrenzung der Wohnungen erforderlich, die dem Wohnungsmarkt als Dauerwohnraum entzogen werden sollen.

Daher ist eine Wiedereinführung einer Zweckentfremdungsverordnung aus unserer Sicht dringend notwendig. In diesem Zusammenhang halten wir es im Sinne des Antrages der SPD zusätzlich für geboten, dass nutzerbezogene Daten der Anbieter erhoben und registriert werden, damit jederzeit nachgehalten werden kann, wer wo wie viele Wohnungen wie häufig über ein Buchungsportal anbietet.

Die Notwendigkeit einer Regulierung des stetig steigenden Angebotes von Ferienunterkünften ergibt sich nicht zuletzt aus der aus unserer Sicht unbefriedigenden Zielvorgabe der Landesregierung, jährlich lediglich 1.600 geförderte und damit bezahlbare Wohnungen zu bauen.

Mit freundlichen Grüßen



Mainitz
DMB-Landesverband Schleswig-
Holstein



Wendt
DMB-Landesverband
Schleswig-Holstein



Christian Schultz, Referent
SoVD-Landesverband
Schleswig-Holstein